

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 30. 32. Jahrg.

25. Juli 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich, 1. Aufl. 1. Jahrgang. Abonnementpreis: 1,50 Mk. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Westpostvereins 2 Mk.

## Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsenstraße, 86-88<sup>III</sup>. Redaktionsschluss: Montag, Telefon: Amt Norden 1268. Verlag: Otto Siller, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr., Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Die Hungerwirkungen der Blockade. Rundschau. — Allgemeines; Zum Wiederaufbau des deutschen Steindruckgewerbes. Ortsberichte: Hannover, Weimar. — Photographischer Mitarbeiter: Zur Berliner Tarifbewegung. — Die Tapetenbranche: Tarifabschluss für die Arbeiter in der Tapetenindustrie. Ortsberichte: Hannover, Formstecher. — Berichtigung. — Anzeigen.

## Bekanntmachungen.

**Tarifamt für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.**

Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73, III.

Das Tarifamt ernannte in seiner Sitzung am 19. Juli d. Js. Herrn Alexander Czech, Berlin zu seinem Geschäftsführer für die laufende Tarifperiode.

Die Geschäftsstelle des Tarifamtes befindet sich Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73, III.

Alle das Tarifamt betreffende Zuschriften sind an obige Adresse z. Hd. des Geschäftsführers zu richten.

Anträgen und Beschwerden an das Tarifamt muß eine ausführliche schriftliche Begründung beigefügt werden.

Berlin, den 22. Juli 1919.

Dr. Schweitzer, Prinzipalvorsitzender.  
Oskar Laib, Gehilfenvorsitzender.  
Alex. Czech, Geschäftsführer.

## Die Hungerwirkungen der Blockade.

Der Zusammenbruch Deutschlands kam wie eine Überraschung, obgleich seit langer Zeit kein Zweifel mehr darüber herrschen konnte, daß die Blockade mit fürchterlicher Kraft wirkte und die Ernährungsverhältnisse unhaltbar machte. Hätte man Kenntnis gehabt von den Mittellagen, die jetzt vorliegen, würde man sich nicht über den Zusammenbruch gewundert haben, höchstens darüber, daß er nicht schon lange vor dem Herbst 1918 erfolgte!

»Schädigungen der deutschen Volkskraft durch die feindliche Blockade« ist der Titel einer Denkschrift, die das Reichsgesundheitsamt versendet. Es ist die Leidensgeschichte des deutschen Volkes, geschrieben als eine nüchterne zahlenmäßige Behandlung der Hungerjahre und deren zerstörender Wirkung auf das Gemeinschaftsleben sowohl in ökonomischer wie in volkshygienischer Beziehung. Mit deutscher Gründlichkeit und Systematik ist angeführt, was die Blockade im ganzen dem deutschen Volkshaushalt an Milliarden Mark gekostet hat. — Eine solche Abrechnung ist wohl von Interesse und man kann nicht anders darüber denken, als daß selbst eine so ungeheure Summe von 55 Milliarden eine armselige und gleichgültige Zahl ist, wenn sie in einer Berechnung zum Vorschein kommt, die die Kapitalwerte aufstellt aller der Menschenleben, die im Hungerkriege zugrunde gegangen sind und die ökonomischen Interessen der Gesellschaft an den Kindern feststellt, die die Ernährungsblockade vernichtet hat. Kann man in Geld all den Kummer und all das Leiden ausdrücken, das nur ein einziger Fall des Hungertodes verursacht hat? Oder reichen Mark und Pfennige hin als Maßstab für die

Angst, nicht das tägliche Brot schaffen zu können, die den deutschen Familienvater drückte und ihn hinderte, Kindern das Leben zu schenken, die seine Frau ihm nur unter größten materiellen Opfern geboren hätte?! Und endlich, wie groß sind wohl die Werte, die bei den unzähligen Krankheitsfällen verloren gingen, die die Blockade veranlaßt hat, durch die verlorene Arbeitsmöglichkeit, die untergegangene Initiative.

Das Reichsgesundheitsamt beschäftigt sich in seiner Denkschrift nicht mit allen diesen unzähligen Tragödien. Hier wird nur behandelt, was in Zahlen und Werten ausgedrückt werden kann, aber diese wirken trotzdem so unmittelbar auf das menschliche Fühlen jedes Lesers, daß direkter Appell überflüssig wird.

Im Frühjahr 1918 wurde in Paris eine Konferenz von Wissenschaftlern der Entente abgehalten, die die Frage der Versorgung mit Lebensmitteln untersuchen sollte. Man kam zu dem Resultat, daß ein Mensch, der ungefähr 8 Stunden am Tage arbeitet, eine Ernährung haben muß, die mindestens 3300 Kalorien täglich entspricht. Ohne Schaden an der Gesundheit zu leiden, kann nach und nach eine Herabsetzung um ca. 10 Proz. stattfinden, gleichzeitig wird die tägliche Fettration auf 75 Gramm festgesetzt.

Die deutsche Lebensmittelrationierung ist von diesem Mindestmaß sehr weit entfernt. Im Herbst 1916 repräsentierte die Menge an Brot, Fleisch, Milch und Kartoffeln, die jedem einzelnen zugeteilt war, nur 1344 Kalorien pro Tag und die Lebensmittel, die nicht unter die Rationierung fielen, konnten wegen der fabelhaft hohen Preise nur von den Wohlhabenden gekauft werden. Im Sommer 1917 sank der Wert der Ration auf 1100 Kalorien mit einem Eiweißgehalt von 30 Gramm, also auf die Hälfte dessen, was als Minimum bezeichnet wurde. Der normale tägliche Mehlerverbrauch ist 320 Gramm pro Person, aber schon zu Beginn der Rationierung mußte man ihn auf 225 Gramm herabsetzen, bis man am Schluß des Erntejahres 1917/18 auf 160 Gramm schlechten Kriegsmehls gekommen war. Noch stärker war die Herabsetzung im Fleischverbrauch, der vor dem Kriege durchschnittlich 1050 Gramm pro Woche ausmachte. Die Rationierung setzte diese Menge zuerst auf die Hälfte herab, aber in den letzten Monaten des Krieges bekam jede Person nicht mehr als 135 Gramm in der Woche. Gleichzeitig wurde der Verbrauch an Fettstoffen eingeschränkt auf  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{1}{5}$  der Normalmenge, so daß die Tagesration ganz mikroskopisch klein wurde.

Die 1100 Kalorien, die als Wärmewerte in der Kost des deutschen Bürgers im Sommer 1917 bestanden, stellten faktisch die Menge dar, die für ein zwei- bis dreijähriges Kind ausreichte würde. Selbstverständlich können Erwachsene, die auf eine solche Ernährung angewiesen sind, nur ganz kurze Zeit die normalen Funktionen aufrecht erhalten. Sie verlieren sehr stark an Gewicht und an Arbeitsfähigkeit, soweit sie nicht ganz dem Hungertod verfallen. Als zahlreichere Ausdrücke für die fürchterliche Abmagerung kann

angegeben werden, daß das Durchschnittsgewicht der deutschen Bevölkerung im Laufe der Blockadejahre von 60 auf 49 kg sank und die Sterblichkeit nahm enorm zu. Hier ist natürlich nur die Rede von Zivilpersonen. Unter diesen wurde eine Steigerung der Sterblichkeit um  $9\frac{1}{2}$  Proz. 1915, 14 Proz. 1916, 32 Proz. 1917, 37 Proz. 1918 konstatiert. Der Kohlrübenwinter 1916/17 setzte die Zahl so fürchterlich herauf. Von Epidemien hat während des Krieges keine andere so gewütet wie die Grippe, deren Wirkungen im Jahre 1918 man hier außer acht gelassen hat. Ungefähr  $\frac{3}{4}$  Millionen — genau 763 000 — Zivilpersonen in Deutschland würde die Ab-sperrung gefordert haben. In erster Linie sind es Kinder, Jugendliche und alte Leute, die dahingingen, während die mittleren Jahre sich am besten mit dem Hunger abgefunden haben. Von den zarten Kindern unter einem Jahr wird man eine unbedeutende Zunahme in der Sterblichkeit finden, dank der umfassenden Vorkehrungen, die getroffen wurden, um diesen Kleinen die bestmöglichen Bedingungen für das erste Lebensjahr zu schaffen. Die etwas älteren Kinder konnte man nicht beschützen und die Sterblichkeit der 1 5 jährigen stieg um 50 Proz., die der 5 15 jährigen um 55 Proz.

Rechnet man also damit, daß die Blockade  $\frac{3}{4}$  Millionen Zivilpersonen das Leben gekostet hat, tritt natürlich die Frage auf, in welchem Grade die verschiedenen Krankheiten an dieser starken Steigerung der Sterblichkeit mitgewirkt haben. Zur Beurteilung dessen findet man kein Material für ganz Deutschland, aber man kann Schlüsse aus den Verhältnissen in Städten mit einer Einwohnerzahl von über 15000 ziehen. Es hat sich gezeigt, daß in diesen 380 Städten allein an Tuberkulose 75000 Menschen mehr starben, als man nach den Erfahrungen vor dem Kriege erwarten konnte. Die Ernährungsverhältnisse haben ja einen großen Einfluß auf die Entwicklung dieser Krankheit, die bei gesunder und reichlicher Kost oft behoben werden kann, aber bei Unterernährung schnell zum Tode führt. Vier Kriegsjahre haben alles umgestoßen, was ein Menschenalter hindurch an Arbeit zur Bekämpfung der Tuberkulose gearbeitet wurde (Sanatorien etc.). Natürlich hat auch eine große Zahl anderer Krankheiten während der Blockade große Ausbreitung gefunden, die einen ungünstigen Verlauf nahmen. So große Störungen im Verdauungssystem, der Mangel an Seife hatte große Unreinlichkeit zur Folge, die wiederum zu Hautkrankheiten und Geschwürleiden führte.

Natürlich ist die Arbeitsfähigkeit der deutschen Bevölkerung dabei sehr herabgemindert worden. Man hat versucht, einen Maßstab zu finden, indem man den Niedergang im Durchschnittsgewicht als Ausgangspunkt nahm. Es ist festgestellt worden, daß ein Gewichtsverlust von über 40 Proz. im allgemeinen zum Tode führt, und man nimmt an, daß, wenn ein Mensch 20 Proz. seines Gewichtes verliert, er nur noch zur Hälfte arbeitsfähig ist. Wendet man nun diese Erfahrung auf das deutsche Volk an und verteilt den

Schäden der  $4\frac{1}{2}$  Jahre von der Mitte des Jahres 1915 an bis zum Ausgang des Jahres 1919, muß man mit einem Durchschnitts-Rückgang der Arbeitsleistung von ungefähr ein Drittel rechnen. In Geld umgerechnet, bedeutet das einen Verlust von über 30 Milliarden Mark. Aber diese Summe bezieht sich nur auf die rein körperliche Arbeit, während die intellektuelle Betätigung selbstverständlich von anderen Gesichtspunkten beurteilt werden muß, wie man ja auch zu der physiologischen Wirkung des Hungerkrieges auch die psychologische rechnen muß.

Wie viele haben wohl in diesen Jahren bestehen können, ohne in Stumpfheit oder in die aus den Epilemie-Perioden des Mittelalters bekannte Genuß-Süchtigkeit zu verfallen?

Nicht bloß die Lebenden haben die Blockadejahre verspürt, sie haben auch ihre Schatten in das Land der Ungeborenen geworfen und mitgewirkt, daß eine ganze Reihe Lebenslichter nicht aufkamen. Einesteils hat die Fruchtbarkeit der Frauen infolge der unzureichenden Ernährung abgenommen, anderenteils hat die Furcht, die Nahrung für mehrere Mäuler nicht schaffen zu können, zu einer Einschränkung der Geburten geführt. In welchem Umfang das der Fall war, kann natürlich nur annähernd festgestellt werden, denn der größte Anteil am Geburtenrückgang fällt dem Kriege selbst zu. Millionen Männer sind gefallen, wurden schwer verwundet und waren Jahre hindurch fern von der Heimat. Es sind in diesen Jahren 4 Millionen weniger Kinder, als nach Friedensverhältnissen zu erwarten war, geboren worden, und es ist kaum zu hoch gerechnet, wenn man der Blockade die Schuld an einem Viertel, also einer Million ungeborener Kinder gibt.

Beim Aufhören des Krieges hat nur eine geringe Erleichterung für das deutsche Volk in dieser Richtung stattgefunden. Doch einmal müssen die Verhältnisse besser werden und die »Wiederauffütterung« Deutschlands ist eine unumgängliche Notwendigkeit, wenn die Nation ihre Gesundheit und Arbeitsfähigkeit wieder erlangen soll. Dieses ernährungsphysiologische Problem hat Professor Rubner untersucht, der einige Experimente mit einer Anzahl durch die Kriegskosten stark abgemagerter Personen angestellt hat. Das, was verloren ging, läßt sich nicht einfach dadurch ersetzen, daß man nach und nach so viel mehr Nahrung in sich aufnimmt, wie man in der Hungerperiode zu wenig genossen hat. Man muß namentlich durch starke Eiweißnahrung dem Organismus bedeutend mehr Kalorien zuführen, als ihm verloren gegangen sind und die Natur setzt ihre Grenzen für die Schnelligkeit, mit der diese Restitution vor sich gehen kann.

Es sind mehr oder weniger phantastische Vorschläge gemacht worden, um in der Übergangszeit auf zwangsmäßigem Wege eine Veränderung in den Ernährungsverhältnissen herbeizuführen. Diese Experimente sind jedoch sehr gefährlich. Alle plötzlichen Veränderungen müssen unterbleiben und die Volksnahrung muß auf die alten Bahnen zurückgeführt werden. Nach den Berechnungen von Professor Rubner erfordert die Auffütterung der deutschen Bevölkerung 306 000 Tonnen Eiweiß-Stoff, entsprechend 2 Millionen Tonnen Fleisch oder 6 Millionen Stück Vieh.

Die Denkschrift des Reichsgesundheitsamts schließt mit einer Aufstellung des Geldschadens, den die Blockade angerichtet hat: Als erster Posten sind angeführt: 763 000 Zivilpersonen, die den Hungertod starben. Eine Reihe Berechnungen führen zu dem Resultat, daß diese 763 000 Toten einen Verlust von  $8\frac{1}{2}$  Milliarden Mark für die Nation bedeuten. Eine gleiche Summe repräsentiert der ökonomische Gesellschaftswert einer Million Kinder, deren Geburt die Blockade verhindert hat, während der Verlust durch die verminderte Arbeitskraft der erwachsenen Bevölkerung 30 Milliarden Mark beträgt. Die Wiederaufrichtung

des Ernährungszustandes erfordert  $3\frac{1}{2}$  Milliarden, die Auffüllung des Viehbestandes 4 Milliarden. Alles in allem hat die Blockade einen Verlust von 55 Milliarden Mark im deutschen Nationalvermögen verursacht. Faktisch jedoch ist die Zahl größer, da man ja den Schaden nicht feststellen kann, den die unzähligen Krankheitsfälle verursacht, ebenso wenig wie den der moralischen und psychischen Wirkung des durch die Blockade hervorgerufenen Notstandes.

Mögen die Sünden der deutschen Kriegführung, des alten Regimes, so groß sein, wie sie wollen, die Sünden und die Blutschuld im Kriege lasten auf allen beteiligten Nationen — aber nur Barbarismus kann zulassen, daß man Menschen auf einem Raum der Erde verhungern und des Nötdürftigsten ermangeln läßt, während man ringsum an besetzten Tischen tafelt. Fritz Hansen.

## Rundschau.

**Zur Beachtung.** Deutsche Kollegen! In letzter Zeit haben wiederholt deutsche Kollegen bei schwedischen Firmen um Stellung angefragt. Im eigenen Interesse und im Interesse der schwedischen Kollegen ist dies unbedingt zu unterlassen. Kollegen, die mit Firmen in Unterhandlung stehen, haben unter allen Umständen vor Annahme eines Engagements Auskunftei einzuholen.

För int. Litografiska Förbundet i Sverige Styrelse.

A. Wijk

Hornsgatan 106, Stockholm.

**Achtung! Kartographen!** Die Firma Pharus-Verlag (Kartogr. Anstalt) versucht fortgesetzt Heimarbeiter an Kollegen und auch an Berufsfremde zu vergeben. Die Berliner Kartographenkollegen werden gebeten, die Vorgänge scharf zu beobachten, und jeden Fall von Heimarbeit für die Firma zu unserer Kenntnis zu bringen. Laut Beschluß der Kartographenversammlung vom 15. Juli 1919 sollen alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Firma zur vollen Einhaltung des Tarifes zu zwingen. Ferner ist beschlossen worden, die Namen der Heimarbeiter, die, allen Verwarnungen und Ermahnungen zum Trotz, der Firma bei der Umgehung der tariflichen Bestimmungen behilflich sind und die Schaffung erträglicher Zustände im Berufe hindern, zu veröffentlichen. Die Veröffentlichungen werden in der »Graph. Presse« und im »Berliner Wochenboten« erfolgen.

Die Ortsverwaltung d. Lithogr. u. Steindr. Berlin.

**Die Kartographen Kommission Berlin.**  
**5,4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder.** Im Juni d. Js. haben die der Generalkommission angeschlossenen 54 Zentralverbände die Mitgliederzahl von 5 Millionen überschritten. Unsere neuesten Feststellungen ergeben eine Zahl von 5 414 752. Davon entfallen auf den Deutschen Metallarbeiterverband 1 248 838, auf die Verbände der Fabrikarbeiter, Bergarbeiter und Eisenbahner je über 400 000, auf die Verbände der Transportarbeiter, Bauarbeiter und Textilarbeiter je über 300 000, auf die Verbände der Holzarbeiter und Gemeindegewerkschaften je über 200 000 und auf die Verbände der Handlungsgehilfen und Schneider je über 100 000 Mitglieder. Somit ist das Ziel erreicht, das wir vor wenigen Wochen hier in Aussicht stellten: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beginnt seine Wirksamkeit mit einer Mitgliederzahl von mehr als 5 Millionen. Das bedeutet eine Verdoppelung des Umfangs der Gewerkschaften seit dem Kriegsbeginn.

Mit dieser Ausdehnung der Gewerkschaften wächst auch ihr Einfluß auf die Regelung der Arbeitsbedingungen. Das Unternehmertum, das vor dem Kriege den Gewerkschaften gern die Legitimation bestritt, als Organisation der deutschen Arbeiter aufzutreten, kann diesen Einpruch angesichts dieser Entwicklung der Dinge nicht mehr aufrechterhalten. Es hat auch die Gewerkschaften bereits in aller Form als Vertretung der Arbeiter anerkannt und sich bereit erklärt, mit ihnen gemeinsam die Arbeitsverträge im Wege kollektiver Vertragsschließung zu regeln. Die Durchführung der Tarifverträge wird auch die letzten, noch außerhalb der Organisation stehenden Arbeiter in die Reihen der Gewerkschaften treiben und sie wird hoffentlich weiterhin auch dazu führen, eine einheitliche wirtschaftliche Arbeiterinteressenvertretung zu schaffen, die der deutschen Arbeiterklasse in diesen großen Zeiten bitter not tut.

**Geschäftsergebnisse:** Die Firma Aktiengesellschaft für Kunstdruck in Niederschütz-Dresden erzielte im Geschäftsjahr 1918 einen Rohgewinn einschließlich des Vortrages von 214 385 Mk., die Abschreibungen 87 704 Mk., sodaß ein Reingewinn von 126 683 Mk. blieb. Davon kommen zur Verteilung: 4 v. H. = 26 400 Mk.; Taatieme an Aufsichtsrat und Vorstand 15 544 Mk.; 6 v. H. Superdividende 39 600 Mk.; Zwendung für Wohlfahrtszwecke 15 000 Mk.; Vortrag auf neue Rechnung 30 138 Mk. Das Aktienkapital soll auf 1 Million Mk. erhöht werden. Über den Geschäftsgang wird

gesagt: Der Betrieb war flott beschäftigt, auch die Fabrikation in Reklame-Druckarbeiten hat gegenüber den Kriegsjahren Vermehrung erfahren. Jedoch werden die sehr beträchtlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen das Ergebnis künftig wesentlich beeinflussen, so daß unter Berücksichtigung der ungeklärten politischen Lage kein Urteil gefällt werden kann. — Die Firma Etzold & Kießling in Crimmitschau erzielte im Geschäftsjahr 1918 einen Gesamtgewinn von 1 128 692 Mk. (i. V. 1 049 140 Mk.). Bei 69 073 (56 026) Mk. Abschreibungen ergaben sich 295 730 (295 707) Mk. Reingewinn, aus dem wieder 18 v. H. Dividende verteilt und 52 154 (51 852) Mk. vorgetragen werden. In der Hauptversammlung wurde mitgeteilt, daß das Werk gegenwärtig gut beschäftigt sei und daß Aufträge weiter reichlich vorlägen. — Die Firma Rotophot, A.-G. für graphische Industrie in Berlin erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Rohgewinn von 875 375 Mk., wozu 13 581 Mk. Vortrag treten. Nach Abzug von 270 703 Mk. für Handlungskosten, 50 928 Mk. für Kriegsgehälter und Unterstützungen und nach Abschreibung von 236 937 Mk. und 67 676 Mk. Beteiligungen bleibt ein Reingewinn von 262 712 Mk. auf 1 300 000 Mk. Aktienkapital.

**Tarifverträge und Konsumgenossenschaften.** Der diesjährige Genossenschaftstag faßte folgende Entschlüsse: Der 16. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 23. und 24. Juni 1919 in Hamburg nimmt Kenntnis von der Gestaltung der tariflichen Verhältnisse auf Grund der zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften abgeschlossenen Tarife und bedauert, daß in nicht wenigen Fällen den Beschlüssen des Tarifamts nicht Rechnung getragen worden ist. Der Genossenschaftstag hält es für die Pflicht sowohl der Gewerkschaften als auch der in genossenschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, durch Unterordnung unter die Beschlüsse des Tarifamts das Vorbild einer freiheitlichen, im gegenseitigen Einverständnis erfolgten Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu geben. Es ist wünschenswert, daß an die Stelle genossenschaftlicher Sondertarife im Laufe der Entwicklung allgemeine Reichstarife für alle Berufe treten und daß in diesen die genossenschaftlichen Unternehmungen keine ungünstigere Behandlung erfahren als die Unternehmungen privatkapitalistischer Art. Nur wenn Licht und Schatten gleichmäßig verteilt sind und die in den Genossenschaften beschäftigten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf eine Bevorzugung ihren anderen Arbeitskollegen gegenüber freiwillig verzichten, sind die Genossenschaften in der Lage, ihre großen Aufgaben auf dem Gebiete der Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens zu erfüllen. Der Genossenschaftstag ließ klar zum Ausdruck kommen, daß die Konsumvereine, bei aller an ihnen geübten freudigen Bereitwilligkeit, bei der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen voranzugehen, doch alle Bestrebungen abzuweisen seien, wodurch die organisierten Verbraucher gegenüber anderen Schichten der Bevölkerung einseitig belastet würden.

**Die Opfer des Krieges.** Am 1. August 1914 hat der Krieg begonnen, am 11. November 1918 hat er geendet. Seitdem ruhen die Waffen. Von schwerem Druck befreit, atmen wir auf. Doch in die Freude mischen sich Wehmut, Schmerz und Kummer. Das deutsche Volk bekommt einen harten Frieden, der seine Existenz bedroht, seine arbeitenden Schichten vor die Gefahr drückendster Entbehrungen stellt und dann die Toten! Niemand sah die Weltgeschichte ein ähnliches Morden. Die letzte amtliche Verlustliste berichtete uns einen Gesamtverlust von 6 400 000 des Landheeres (Tote, Verwundete, Gefangene, Vermißte, darunter die mehrfach Verwundeten). An Toten verzeichnete sie 1 584 100. Dazu kommen rund 30 000 Tote der Marine; ferner kommen hinzu die zahlreichen Toten unter den als vermißt Gemeldeten, so daß wir gewiß nicht zu hoch schätzen, wenn wir ein-dreiviertel Millionen Tote als deutsche Opfer des Weltkrieges buchen. Die Opfer in der Heimat sind nicht eingerechnet, auch sie sind groß. In den Munitionsbetrieben sind Tausende zu Tode gekommen, die Explosion in Wahn bei Köln soll allein rund 500 Opfer gefordert haben. Dazu kommen die Opfer der Fiegerangriffe, kommen die Unzähligen, die an Unterernährung, an Entbehrungskrankheiten aller Art vorzeitig gestorben sind.

**Allgemeines.**

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

## Zum Wiederaufbau des deutschen Steindruckwerbes.

Die Arbeitsleistung hat seit Beendigung des Krieges bedenklich gelitten. Aus allen Industrien erklingt dieselbe Klage. Aber ungeheure Summen werden von Deutschland verlangt zur Wiedergutmachung der Schäden in Feindesland, gleich große Summen brauchen wir zum Ankauf der Lebensmittel und der Rohstoffe, die wir nun endlich selbst Aufhebung der Blockade hereinführen dürfen.

Dreierlei Zahlungsmittel standen uns einst für derartige Zwecke zur Verfügung, Gold, Rohstoffe aus dem Inlande und Industrieerzeugnisse. Davon ist Gold in Deutschland so gut wie nicht mehr vorhanden. An Rohstoffen hatten wir im eigenen Lande in der Hauptsache Kohlen und Kali zur Verfügung. Der einstige Reichtum Deutschlands an Kohle ist aber fürchtbar zusammenschmolzen, teils durch Lostrennung ehemals deutscher Gebiete, wie Elsaß-Lothringen, das Saargebiet und durch die Gefahr des Verlustes von Oberschlesien. Dazu kommt die in den anderen Bergwerken riesig zurückgegangene Förderung und außerdem die Schwierigkeit des Abtransportes der gewonnenen Kohlen. Nach Abzug des Anteils, der uns zur Lieferung von der Entente aufgezwungen wurde, bleibt nicht im entferntesten genug übrig, um den Bedarf der Bevölkerung an Hausbrand und den Bedarf der deutschen Industrie zu decken. Dasselbe gilt für Kali, das einst als Düngemittel in der ganzen Welt begehrt wurde. Große Kallager sind uns entrisen, die Produktion riesig gesunken, der Bedarf im Inlande gleichfalls sehr stark gestiegen.

An vollwertigen Austauschmitteln bleiben uns somit in der Hauptsache nur die Produkte unserer industriellen Arbeit. Doch auch diese hängt letzten Endes von der Kohlenförderung und -Lieferung, hängt aber auch davon ab, wie gearbeitet wird.

In der Kriegszeit ist die Arbeiterschaft gewaltig angespannt worden. Der letzte Krativorrat wurde verbraucht, um die Kriegswirtschaft aufrecht zu erhalten. Dasselbe war aber auch insbesondere in unserer graphischen Industrie der Fall. Ein Rückschlag konnte hier nicht ausbleiben. Von einer Arbeitsfreudigkeit konnte ja eigentlich schon in der Kriegszeit nicht geredet werden. Die tägliche Plage mit den erbärmlichen Ersatzstoffen machte das Arbeiten mehr und mehr zu einer furchtbaren Qual. Das ist heute noch nicht besser. Dazu die nervenzerreißenden Sorgen um die Herbeischaffung der allerbescheidensten Lebensmittel und Bedarfsartikel, der erbitternde Kampf mit der durch den Krieg gewordenen Unehrllichkeit und Eigennutz der Milnersdnen, alle diese Plagen teaken den Sinn naturgemäß von der Arbeit ab, lassen ein tieferes Interesse an der Arbeit nicht aufkommen. Hinzu kommt aber noch, daß eine große Anzahl der Kollegen, die draußen im Felde waren, die unfaßbarsten Strapazen dort hat aushalten müssen. Sie haben dort zum Teil unmenslich arbeiten müssen; — aber freiwillig geschah das gewiß nicht! Nur unter dem unerträglichsten Zwang wurde diese Arbeit geleistet. Nun, da dieser Zwang zusammengebrochen, trat die natürliche Reaktion ein, das instinktive Bemühen, sich von der unnatürlichen Quälerei zu erholen und sich an dem Genuß der neugewonnenen Freiheit zu erfreuen.

Und doch brauchen wir nichts dringender als Arbeit! Unsere graphischen Gewerbe, die durch den Krieg und durch die damit verbundene Abschneidung vom Weltmarkt fast vollkommen unterbunden waren, müssen so weit wie möglich wieder aufgebaut werden. Das Ausland hat in den langen Kriegsjahren genug Zeit und Gelegenheit gehabt, sich auf die Ablösung der deutschen Konkurrenz einzurichten. Wollen wir nicht, daß dauernd ein großer Teil unserer Kollegen vom erlernten Beruf ausgeschaltet wird, weil nicht genügend Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, dann müssen wir alle bestrebt sein, am Wiederaufbau mitzuhelfen. Das aber kann nur durch Arbeit geschehen.

Wir haben als Gewerkschaften die Aufgabe, für die günstigsten Arbeitsbedingungen Sorge zu tragen. Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Gehilfen im Betriebe, das alles sind unsere ersten Forderungen. Aber wir haben kein Interesse an einer Verminderung der Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Im Gegenteil!

Alle jene Forderungen haben wir stets damit begründet, daß wir von ihrer Erfüllung eine weitgehende Stärkung der Arbeitsfreudigkeit der Gehilfen erwarteten. Stets argumentierten wir so: Der genügend ausgeruhte, der gut ernährte, der gesundheitlich gesühdete und vor allem der als gleichberechtigt anerkannte und damit in seinem Selbstbewußtsein gestärkte Gehilfe ist zu ganz anderer Leistung befähigt, als der ausgebeutete und unterdrückte Gehilfe.

Durch den von der Gehilfenschaft des Steindruckgewerbes angenommenen Tarifvertrag ist sowohl die Gleichberechtigung der Gehilfen als auch ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht denselben eingeräumt. Die Löhne haben fast durchweg eine Erhöhung gefunden, ein erfolgreicher Schritt zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit ist gleichfalls gemacht; zum ersten Male sind allgemeine Ferien im Gewerbe zur Einführung gelangt — und trotz alledem wird allgemein über einen Rückgang der Leistungen geklagt. Die Tatsache selbst dürfte auch in unserem Gewerbe nicht zu bestreiten sein. Die Erscheinung ist für die Nachkriegszeit viel zu allgemein, als daß man bei uns eine Ausnahme erwarten könnte. Aber gerade diese Allgemeinheit beweist, daß keinerlei Böswilligkeit oder Verabredung, sondern daß auch allgemeine Ursachen dafür vorhanden sein müssen. Diese Ursachen, die wir oben eingehend zu schildern versuchten, erkennen, heißt, sie zu beseitigen versuchen. Denn an dem Aufschwung des Gewerbes haben die Gehilfen das gleiche lebendige

Interesse als die Unternehmer. Davon müssen wir, jeder für sich, und alle gemeinsam, gegen den augenblicklichen Zustand ankämpfen, der von uns als ein Hindernis für die Erringung der alten Weltmachtstellung für das Steindruckgewerbe erkannt ist. Das ist die Pflicht, die wir mit dem Abschluß des von uns seit dem Jahre 1901 erkämpften und ersetzten Tarifvertrages übernehmen. Von diesem Gesichtspunkt aus werden wir auch die Erklärung verstehen, die die Vertreter der Arbeitgeber am Schluß der Tarifverhandlungen abgaben: »Die Erfüllung der schweren Vertragspflichten wird nur ermöglicht:

1. Wenn das gesamte deutsche Steindruckgewerbe von dem Tarif betroffen wird. Der Tarif muß deshalb ein Reichstarif in Verbindung mit dem Organisationszwang sein.
2. a) Die heutigen Gründe der Gehilfenvertreter für ihre Lohnforderungen müssen als richtig anerkannt werden.  
b) In vollem Verständnis für die hohen Kosten der Lebenshaltung in der Gegenwart wurden die Löhne in einer Höhe zugestanden, die in Verbindung mit allen anderen im Tarif festgelegten erhöhten Betriebsbelastungen das Steindruckgewerbe für die Dauer nicht aufbringen kann.  
c) Bei entsprechender Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und Rückbildung der Teuerungsverhältnisse muß nach Maßgabe dieser Entwicklung ein Abbau der gesamten Lohnbezüge auf dem Wege des gegenseitigen Benehmens von Organisation zu Organisation erfolgen.
3. Die gegenwärtigen Lasten können nur mit dem Versprechen der Gehilfenvertreter übernommen werden, daß die Gehilfenschaft ihre volle Arbeitskraft in den Meast der Betriebe stellt und am Wiederaufbau des Steindruckgewerbes mit-hilft.

**Ortsberichte.**

**Hannover.** Mit der Annahme oder Ablehnung des geschaffenen Tarifvertrages für das Lithographie- und Steindruckgewerbe beschäftigte sich die am 11. Juni einberufene, gut besuchte Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle. Die Berliner Tarifverhandlungen wurden von dem Gauleiter Kollegen Ulrich aus Hamburg geschildert. Darauf entwickelte sich eine sehr lebhaftc Debatte. Der Vorstand stand von Anfang an diesem Tarif ablehnend gegenüber. Die verschiedenen Redner verurteilten mit scharfen Worten die Akkord- und Prämiararbeit; gleichfalls den § 3 Mindestlohn, § 7 Ferien, § 12 Druckmuster und § 14 Allgemeine Bestimmungen. Abs 3, 7 und 11 wurden als Fessein für die Lithographen und Steindrucker betrachtet. In der geheimen Abstimmung wurde der Tarif gegen eine kaum nennenswerte Minderheit abgelehnt. Der Vorsitzende verlas darauf das Flugblatt der Münchener Kollegen. Der Inhalt des Flugblattes wurde mit Begeisterung begrüßt. Auf Verlangen wurde die Resolution der Berliner graphischen Arbeiter, w lche in einer Versammlung die Forderung des Rätcsystems mit Diktatur des Proletariats in ihrer Resolution verfaßt hatten, verlesen. Der Antrag, einen Aufklärungs-Vortrag über das Rätcsystem von Rednern verschiedener politischer Parteien halten zu lassen, wurde einstimmig angenommen.

**Weimar.** Da die in hiesiger Zahlstelle befindlichen Mitglieder ausschließlich in gemischten Betrieben beschäftigt sind, fand man es schon seit langer Zeit als eine Ungerechtigkeit, wenn die den Buchdruckern bewilligten Tarifsätze den Lithographen und Steindruckern bisher nur teilweise zugestanden wurden. In einer am 28. Mai stattgefundenen Versammlung wurde deshalb einmütig beschlossen, in einem Schreiben an sämtliche Steindruckereibesitzer die jeweiligen Tarifsätze der Buchdrucker als unumgängliche notwendige Forderung und im Interesse eines einheitlichen Gebarens in den einzelnen Geschäften, wenn nötig mit allem Nachdruck zu vertreten. Schon nach 3 Tagen konnten die gewählten Gehilfenvertreter von einer Sitzung mit den Herren Prinzipalen berichten, daß die Forderungen der Gehilfenschaft in vollem Umfange als gleichberechtigt mit den Buchdruckern anerkannt worden seien. Es erhielten dann auch sofort am nächsten Zahltage sämtliche Gehilfen eine Zulage von Mk. 20, — pro Woche und außerdem wurde den bisher unter dem Buchdruckertarif arbeitenden Kollegen der volle Tarifsatz ausbezahlt. Ferien wurden bis 15 Tage bewilligt. — Durch einmütiges Zusammenhalten ist der hiesigen Kollegenschaft ein schöner Erfolg beschieden; aber nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch von seiten der Prinzipale bei den Verhandlungen wirklich ein soziales Verständnis gewahrt hat und daß man nicht gewillt ist, die Kunst der Lithographie und des Steindrucks niedriger einzuschätzen als den Buchdruck.

26. März und 4. April war der Tarifentwurf beraten und einstimmig angenommen worden. Am 6. April wurde dieser an die Zwangsinnung eingereicht. In der Innungsversammlung am 10. April wurde eine Prinzipalkommission gewählt, die mit der Gehilfenschaft den Tarif beraten sollte. In der ersten gemeinschaftlichen Sitzung am 28. April lehnten die Prinzipale die Verhandlungen mit dem Verbands ab, aus welchem Grunde erst gar nicht in dieselben eingetreten werden konnte, da die Gehilfen den Verband ausdrücklich mit ihrer Vertretung betraut hatten. Die Prinzipale, besonders der Obermeister, wollten hierfür erst selbst dem Beweise erbracht haben, und beriefen mit dem Gehilfenobmann zum 6. Mai, nachmittags 2 Uhr eine Gehilfen-Versammlung ein, die mit 227 gegen 37 Stimmen ausdrücklich die Verhandlung durch den Verband verlangte. Hierauf wurde der Tarif im Beisein von Verbandsvertretern in einer Anzahl Sitzungen vom 10.—27. Mai beraten. Die Prinzipalkommission erklärte in ihrer letzten Sitzung, daß sie den Tarif der Prinzipals- (Innungs-) Versammlung zur Annahme vorlegen werde. Von den Gehilfen wurde der Tarif, obwohl derselbe keineswegs befriedigte, am 4. Juni mit der Forderung einer kleinen Abänderung angenommen. Die Prinzipale dagegen lehnten in ihrer Versammlung vom 19. Juni den Tarifsabschluß mit dem Verbands mit 119 Stimmen gegen 18 ab.

Innungsmitglieder sind ca. 540 vorhanden. Sie wollten den Tarif nur mit dem Gehilfenausschuß abschließen, aber über verschiedene Punkte nochmals mit diesem erst in Verhandlungen treten. Und dies, obwohl die überaus sachliche und vor-teilhafte Mitarbeit der Organisationsvertretung ausdrücklich anerkannt wurde.

Die Gehilfenschaft nahm am 30. Juni zur Ablehnung der Prinzipale Stellung und beschloß gegen 3 Stimmen, den Abschluß nur durch den Verband zu vollziehen und den Schlichtungsausschuß zur Beilegung des Konflikts anzurufen. Am 11. Juli fand nun die Verhandlung statt. Von den Gehilfen waren die Kollegen Bove, Sadina und Hänlein, von den Prinzipalen nur Herr Tiedemann mit der Sekretäriin der Innung erschienen. Trotzdem Herr Tiedemann hier nicht nur von Arbeitnehmern, sondern auch von Arbeitgebern gesagt wurde, daß er mit seinen Anschauungen im 30 Jahre hinter der jetzigen Zeit zurück sei, stimmte er dem vom Vorsitzenden genachten Vermittlungsvorschlage nicht zu. Es ist wirklich sehr schwer, keine Satyre zu schreiben. In einem Beruf, der künstlerisch, fortschrittlich sich betätigen soll, diese geradezu phänomenale Rückständigkeit. Daher wurde folgender Schiedsspruch gefällt: Da der Tarif mit den Vertretern des Verbandes verhandelt wurde, ist dieser auch mit demselben abzuschließen. Der betreffende Absatz hat deshalb zu lauten: »Vertrag abgeschlossen zwischen der Photographen-Zwangsinnung zu Berlin und dem Gehilfen-Ausschuß, vertreten durch den Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe«. Beide Parteien haben bis zum 2. August ihre Erklärung, ob sie den Schiedsspruch anerkennen, abzugeben. Die Gehilfenvertreter gaben die Zustimmung sofort ab.

Aber auch die Wahrheit scheidet bei den Berliner Innungsprinzipalen zwei Seiten zu haben. Vor dem Schlichtungsausschuß erklärte Herr Tiedemann als Vertreter der Prinzipale: Wenn die Gehilfen nicht andere Ziele verfolgten, seien sie mit ihren Lohnforderungen nicht so bescheiden gewesen, sie (die Prinzipale) hätten weit höhere erwartet. In den Erläuterungen zu dem, den Unternehmern zugegangenen Tarif heißt es aber wörtlich: »Die Meisterkommission hat sich entschlossen, ein Zustandekommen des Tarifcs zu ermöglichen, die Forderungen der Gehilfenkommission, durch die die materielle Lage unserer Mitarbeiter verbessert werden kann, auf das weitgehendste sich zu eigen zu machen. Vor allem kommt dies in den Fragen der Löhne, Überstunden, Ferien, Kündigungen usw. zum Ausdruck. Obwohl gegen viele dieser Punkte in den Meisterkommissionsberatungen Bedenken geltend gemacht wurden, da zu befürchten ist, daß besonders durch die Lohnbestimmungen nicht nur viele schwache Geschäftsinhaber, sondern vor allem auch viele junge schwache Mitarbeiter geschädigt, wenn nicht um ihre Existenz gebracht werden.« Der Prinzipalsvertreter mit seinem sozialen Empfinden macht also den Gehilfen den Vorwurf, nicht mehr verlangt zu haben; hätten diese noch mehr verlangt, dann waren es wieder die bösen Gehilfen, die dann noch weit mehr Existenzen zugrunde richteten. Was ist nun aber wirklich die Anschauung der Prinzipale? Diejenige, die Herr Tiedemann als Vertreter vor dem Schlichtungs-Ausschuß zum Ausdruck brachte, oder die der Prinzipalskommission in den Erläuterungen zum Tarif? Vielleicht wirkt mal ein fortschrittliches Innungsmitglied in der entscheidenden Innungsversammlung diese Frage auf. Die ganze Angelegenheit zeigt aber folgendes: Erst zwingt man die Prinzipale in die Innung und dann will man die Gehilfenschaft zwingen, den Gehilfenausschuß als berufene Gehilfenvertretung bzw. Organisation anzuerkennen. Die eigentliche Gehilfenorganisation will man belästigt sehen, und das zu einer Zeit, wo alle Beschränkungen in bezug auf Koalitionsrecht gefallen sind. Und darum ist für uns diese Frage



**Zur Berliner Tarifbewegung.**

In zwei Versammlungen der Innungsbetrie-ben beschäftigten Photographen-Gehilfen am

so wichtig. Gegen die neue Zeit, gegen die gesamte organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft wendet sich das Bestreben der Berliner Innung. Kommt es daher zum äußersten Kampf, wird die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft auf unserer Seite sein müssen.

## Die Tapetenbranche

### Tarifabschluss für die Arbeiter in der Tapetenindustrie.

Zum erstmalig gelang es den im Fabrikarbeiter-Verband organisierten Tapetendruckern, mit dem Tapetenfabrikanten-Verbande nachfolgende Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die in den Tapetenfabriken beschäftigten Arbeiter abzuschließen. Wenn wir in Betracht ziehen, daß die in den Tapetenfabriken beschäftigten Arbeiter von jeher zu den schlechtestentlohnnten Arbeiterschichten gehörten, die in den früheren Jahren trotz eifrigem Bestreben für irgend welche Organisation nicht zu haben waren, so können wir unseren Kollegen im Fabrikarbeiter-Verbande zu diesem Abschluß nur gratulieren. Für uns Formstecher ist aus dem Tarif ersichtlich, daß wir mindestens den Höchstlohn zu beziehen haben, der für die Drucker in Frage kommt. Es ist Pflicht der Kollegen, dafür zu sorgen, daß das organisatorische Zusammenwirken aller in einer Tapetenfabrik beschäftigten Arbeiter stets ein gutes ist, damit etwaige Verstöße gegen die Vereinbarungen gemeinsam abgewehrt werden können.

**Abkommen betr. die Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen in der Tapetenindustrie** abgeschlossen zwischen dem Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen, Fachgruppe Tapeten- und Buntglaspapier-Fabrikation einerseits und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hannover, andererseits am 4. Juni 1919.

**A. Arbeitszeit.** Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, die wöchentliche 48 Stunden. Wird die Arbeitszeit an Sonnabenden oder an Vorabenden von Festtagen verkürzt, so kann der Arbeitgeber den Ausfall der Arbeitsstunden auf die übrigen Tage der Woche verteilen. Diese Stunden gelten nicht als Überstunden. Beginn und Ende der Arbeitszeit sowie der Pausen sind örtlich zu vereinbaren und werden in den Betrieben durch Anschlag bekanntgegeben.

Überstunden sind möglichst zu vermeiden. Der Zuschlag für Überstunden beträgt für die ersten zwei Stunden an einem Tage 25 Proz., für weitere an gleichen Tage geleistete und für Sonntags- und Nachtarbeit 50 Proz.

Bei Arbeitszeitverkürzungen, die infolge Rohstoffmangels oder Betriebsstörungen, die nicht ihren Grund in Streiks oder Unruhen haben, erforderlich werden, wird der Ausfall an Lohn seitens der Firma mit 50 Proz. vergütet.

**B. Löhne.** Es wird nur die geleistete Arbeitszeit bezahlt. Die Löhne werden nach Stunden berechnet und bezahlt. Sie sollen mit Rückwirkung vom 1. Mai 1919 ab betragen:

	Ortskl.	II	III	IV
Drucker an Maschinen bis 4 Farben	Mk. 1,80	1,65	1,30	1,20
„ „ von 6-8	2,15	2,-	1,65	1,30
„ „ über 8	2,35	2,20	1,90	1,55
Grundränder	1,80	1,65	1,30	1,20
Farbmalcher	2,15	2,-	1,65	1,30
Handränder	1,75	1,60	1,25	1,15
Selbständige Packer (Expedienten)	1,80	1,65	1,30	1,20
Männl. Hilfsarbeiter unter 17 Jahren	1,-	0,80	0,70	0,60
„ „ von 17-21	1,30	1,10	1,-	0,80
„ „ über 21	1,50	1,30	1,20	1,-
Weibl. „ unter 17	0,80	0,70	0,60	0,50
„ „ von 17-21	1,-	0,90	0,75	0,60
„ „ über 21	1,20	1,10	1,-	0,85

Oldrucker und Führer an Druckmaschinen mit Prägevorrichtung erhalten einen Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde auf die tariflichen Druckerlöhne. Hardwerker und sonstige gelernte Fabrikarbeiter

sollen in der Regel mindestens den für den Betrieb geltenden höchsten Tarif-Druckerlohn erhalten. Wo bisher Arbeiterlöhne bezahlt worden sind, werden sie weiter bezahlt und müssen mindestens so hoch sein, wie die vereinbarten Stundenlöhne mal 48. Die Akkordlöhne sind so festzusetzen, daß es einem Durchschnittsarbeiter bzw. einer Durchschnittsarbeiterin bei voller Beschäftigung möglich ist, 20 Proz. mehr als den Minimallohn der gleichen Arbeitsgruppe zu verdienen. Verringerung etwaiger höherer Lohnsätze, sowie Verschlechterung der bisher bestehenden Arbeitsbedingungen dürfen nicht eintreten. Kriegsbeschädigte, die noch voll leistungsfähig sind, erhalten die tariflichen Lohnsätze ausgezahlt. Die Löhne der minderleistungsfähigen Arbeiter unterliegen der Vereinbarung zwischen Arbeiterausschuß und Betriebsleitung. Prämien können unabhängig von den Mindestlöhnen bestehen bleiben. Die Mindestlöhne sind auf alle Fälle zu bezahlen.

**C. Ferien.** Jeder, der länger als ein Jahr im Betrieb beschäftigt ist, hat Anspruch auf 3 Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes. Mit jedem weiteren Jahr der Tätigkeit verlängert sich der Urlaub um einen Tag, bis zur Höchstdauer von 6 Arbeitstagen, möglichst im Sommer. Der Beginn der Ferien wird vom Arbeitgeber bestimmt. Kriegsteilnehmern, die vor ihrer Einziehung zur Kriegsdienstleistung bei der Firma beschäftigt waren, wird bei der Bemessung des Urlaubs die Zeit, die sie im Kriegsdienst zugebracht haben, angerechnet.

**D. Kündigungen und Entlassungen.** Eine Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses ist für beide Teile jederzeit ohne Befristung möglich, soweit nicht die Verordnungen des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung anders bestimmen. Es soll der örtlichen Regelung überlassen bleiben, für qualifizierte Arbeiter, insbesondere für Tapetendruck- und Farbermischer, eine andere Kündigung festzusetzen.

**E. Arbeitsnachweis.** Bei Bedarf an Arbeitskräften sind in erster Linie die paritätisch organisierten örtlichen Arbeitsnachweise in Anspruch zu nehmen. Für den Nachweis von Druckern und Farbermissern soll in erster Linie der Zentral-Arbeitsnachweis der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hannover, Nicolaistr. 7, II, Mittelbau, in Anspruch genommen werden. Voraussetzung ist dabei, daß dieser Arbeitsnachweis paritätisch organisiert wird.

**F. Schlichtung von Streitigkeiten.** Streitigkeiten, die sich aus diesem Tarifvertrag oder ergänzenden örtlichen Vereinbarungen ergeben, werden zunächst zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiterschuß verhandelt. Kommt hierbei keine Einigung zustande, so ist eine erneute Sitzung anzuberaumen, zu der je ein Vertreter der beiderseitigen Organisationen hinzuzuziehen ist. Ist auch diese Verhandlung erfolglos, so entscheidet eine Schlichtungskommission, bestehend aus je drei von den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter zu ernennenden Mitgliedern unter der Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden, über dessen Person sich die vertragsschließenden Parteien zu einigen haben. Die Entscheidung der Kommission ist endgültig.

**G. Arbeiter-Ausschuß.** Hierfür gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

**H. Allgemeines.** Vorstehendes Abkommen tritt mit der Unterzeichnung der abschließenden Parteien in Kraft und gilt bis 31. Dezember 1919. Die Gültigkeitsdauer verlängert sich jeweils um 6 Monate, sofern das Abkommen nicht 4 Wochen vor Ablauf, vom Tage der Zustellung der Kündigung ab gerechnet, aufgekündigt wird. Die Kündigung hat durch eingeschriebenes Brief zu erfolgen.

**I. Ortsklassen.** Die Fabriken haben sich im Einvernehmen mit ihrem Arbeiterschuß so schnell als möglich darüber zu entscheiden, welcher Ortsklasse sie anzugehören haben. Befindens sich an einem Orte mehrere Fabriken, so ist diese Ent-

scheidung von den Fabriken gemeinschaftlich zu treffen. Das Ergebnis ist sofort den Geschäftsführern der beiderseitigen Organisationen mitzuteilen. Ist eine örtliche Einigung nicht zu erzielen, so ist nach den unter F. gegebenen Bestimmungen zu verfahren. Das endgültige Ergebnis über die Ortsklasseneinteilung wird in einem Nachtrage zum Tarifvertrag bekanntgegeben.

## Ortsberichte.

**Hannover (Formstecher).** Am 11. Juli tagte unsere regelmäßige Branchenversammlung. Zunächst gab Kollege Höfer einige Mitteilungen von unserem inneren Verbandsleben, berichtete über den Abschluß eines Reichstarifes für Lithographen und Steindruck- und verwies auf ein eingehendes Studium der 'Graph. Presse'. Da der bisherige Leiter der Branche Mitglied der Ortsverwaltung ist, so wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen, als auch um jüngere Kollegen zu gewerkschaftlicher Tätigkeit heranzubilden, der Kollege Eidner als Branchenleiter gewählt. Hierauf beschäftigte man sich mit den letzten Vereinbarungen. Man kam zu dem Resultat, da noch wenig Aussicht auf eine günstige Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist, ohne weiteres höhere Lohnforderungen bei den nächsten Vereinbarungen zu stellen. Auch müsse der alte Zopf, 'eigenes Werkzeug zu stellen', beseitigt werden, sowie unter allen Umständen die Forderung auf Ferien und Festtagsbezahlung gestellt werden. Hier heißt es die Augen offen halten.

Nachdem am 12. Mai die Vereinbarungen abgeschlossen waren, haben die Formstechereibesitzer in ihrer folgenden außerordentlichen Generalversammlung beschlossen: Infolge der Lohnerhöhung sollen 40 Proz. Aufschlag gefordert werden. Desgleichen sollen an Gesamtausgaben 20 Proz. für Unkosten gefordert werden. Auch wurde die Anregung gegeben, den Anschluß an einen Arbeitgeberverband zu suchen. Des weiteren wurde angeregt, daß von auswärts nach hier in Arbeit Treten unbedingt Auskunfts erholten müssen, andernfalls sei die Unterstützung verlieren. Allgemeines Befremden erregte die Mitteilung, daß bei der Firma Künnecke vor kurzer Zeit den Kollegen zwei weitere Mitinhaber proklamiert wurden. Hier begin e ein Rätselraus; welche Umstände mögen dazu geführt haben? Doch scheint der Zweck ziemlich offensichtlich wenn man berücksichtigt, daß beide neuen Mitinhaber praktisch Mitarbeiter. Auch hat der infolge der Revolution errungene 8-Stundentag für dieselben noch keine Gültigkeit. Das letzte Wort wird in dieser Sache noch nicht gesprochen sein. Hier bot man einem Kollegen an, er möge etwas billiger arbeiten, da der jetzige Lohn zu hoch sei. Bis jetzt wurde er tarifmäßig bezahlt. Die Geschäftskommission wird dafür einretre, daß der Kollege sein Recht behält. Ohne Schuld veräumte Arbeitsstunden nachzuholen, wie es bisher in allen Geschäften hier üblich war, wird von den Kollegen von nun ab abgelehnt. Nachdem noch auf die allgemeine Mitgliederversammlung hingewiesen wurde, in welcher zwei Referenten über das Räte-system sprechen werden, fand die Versammlung ihren Schluß. Die nächste Branchenversammlung wird sich mit der Branchenkonzferenz befassen.

**Berichtigung.** Aus Chemnitz werden wir um Aufnahme folgender Berichtigung gebeten: Bezugnehmend auf den Ortsbericht der Chemigraphen von Leipzig in Nr. 28 der 'Graphischen Presse' vom 11. Juli 1918 möchten wir richtigstellen, daß nicht die Firma Körner & Lauterbad, sondern die Firma J. C. F. Pickenhahn es ist, die sich bisher noch nicht zur Zahlung der 10 Mk. bereit gefunden hat. Während alle hiesigen Firmen sich dem Schiedsspruch der Kreiskonferenz unterworfen haben, zahlt die Firma Pickenhahn statt der 10 Mark nur 5 Mk.

## Sieheaufgebote

### Mehrere Messing-Stecker

werden durch den Arbeitsnachweis gesucht. C. SCHUBART, Berlin, Lichtenberg, Rittergüterstraße 24.

### Tüchtiger Andrucker

möglichst auf Packungen und Etiketten gut eingearbeitet, gesucht. Rob. Leunis & Chapman, Gesellsch. m. b. Haftung, Papierverarbeitungswerke Hannover.

## Verbandsnachrichten

HANNOVER. Auskunftssteller der Formstecher für Hannover: Richard Eidner, Hannover-Linden, Jacobstraße 4, III.

## Verschiedenes

Wer kann mir Adresse aufgeben oder liefern? **Kritzpapier.** Angebote unter M. 100 an die Exped. d. Bl.

## Formstecher

zum Tarif-Möchstlohn Aug. Künnecke, Hannover-Linden.

Für sofort oder später stellt 15-20 Formstecher ein Südhannoversche Druckwalzenfabrik Einbeck i. Hannover.

## ZINKDRUCKPLATTEN

la. Zinkätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten. — Zinkdruckverfahren. Anleitung und Auskunfts kostenlos. KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 58 Fernruf: Anhalterplatz 12.220.

**„Betromit“** Schnelltrockenmittel, Extrakt trocken nicht ed. bildet selbst bei langwärmsten Verbrauch keine Haut kann restlos verbraucht werden.

**„Steingummi“** flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiestellen, Zink- und Aluminiumplatten.

**„Enoldin“** — Druckpaste — speziell für schlecht zu verdrückende Farben u. Papiere.

**„Enol“** — Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck.

**„Goljad“** vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich. empfiehlt H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49. Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

## Graphische Fachkassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule Bremen

## Pack-Stricke

erhalten in der Druckerei bei Johannes Deckelmann, HAMBURG 11.

## Der praktische Umdrucker.

Von Bernh. Enders. Inkl. Porto 1,15 Mk. Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.